



Netzentwicklungsplan löst Hauptproblem schwarz-gelber Energiepolitik nicht

Pressemitteilung von Johanna Regina Voß, 30. Mai 2012

"Der Netzentwicklungsplan (NEP) kann das Hauptproblem der Energiepolitik der Bundesregierung nicht lösen, die fehlende Koordinierung von Stromerzeugung und Stromnetzen. Diese mangelhafte Abstimmung treibt den Netzausbaubedarf unnötig in die Höhe. Auch die vier Übertragungsnetzbetreiber schreiben im NEP, dass die 'freie Standortwahl von Kraftwerken und ihr freier Einsatz' große Auswirkungen auf den Ausbaubedarf haben", erklärt Johanna Voß, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur, zur Vorstellung des Netzentwicklungsplans durch die vier Übertragungsnetzbetreiber. Voß weiter:

"Strom aus erneuerbaren Energien sollte am besten dort erzeugt werden, wo er gebraucht wird, auch wenn die Gewinne dann nicht ganz so hoch ausfallen wie bei einer Erzeugung am optimalen Standort. Lastnahe Erzeugung lautet das Stichwort. Deshalb muss die Wahl der Kraftwerkstandorte dringend in die

Planung des Netzausbaus einbezogen werden. Um eine sinnvolle Verteilung der Stromerzeugungsanlagen zu erreichen, könnte beispielsweise das Netzentgelt entsprechend dem eingespeisten Strom gezahlt werden, wenn Stromerzeugungsanlagen in einem Versorgungsgebiet installiert werden, in dem jährlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird als verbraucht wird.

In Sachen Transparenz lässt der NEP einiges zu wünschen übrig. Nirgendwo findet sich eine Definition von ‚Wirtschaftlichkeit‘, obwohl diese die Grundlage aller Berechnungen bildet. Da stellt sich die Frage, mit welchem Profit für die Stromkonzerne und sich selbst die Übertragungsnetzbetreiber gerechnet haben. Wenn Energieversorgung vor allem der Profitmaximierung dient, bleiben alle anderen Aspekte auf der Strecke. Das ist das Gegenteil einer klugen Energiepolitik."